



FRAGE

Deutschland unterstützt Griechenland im Rahmen des Hilfspakets von 110 Milliarden Euro mit einem Kredit von insgesamt 22 Mrd. Euro. Wird Griechenland in der Lage sein, das Geld zur vorgesehenen Fälligkeit fristgerecht und vollständig zurückzuzahlen?

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Weil ansonsten das nächste Hilfspaket kommen wird, mit dessen Hilfe dann die Schulden beglichen werden. Aus eigener Kraft wird es jedoch nicht unbedingt gelingen.

Dr. Hilmar Schneider Direktor für Arbeitsmarktpolitik, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA):

Bisher haben sich alle Beteuerungen als haltlos erwiesen, warum sollte es diesmal anders sein?

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Situation Griechenlands ist derzeit immer noch sehr unübersichtlich. Zu wünschen wäre, dass der aktuell diskutierte Kreditbedarf durch Offenlegung zusätzlicher Deckungsrisiken nicht weiter steigt. Dann besteht auch Aussicht, dass die verbürgten Kredite ordnungsgemäß bedient werden.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Zunächst einmal: Es ist überhaupt nicht sicher, dass die griechische Regierung das vorgesehene harte Sanierungsprogramm gegen den harten Widerstand der Besitzstandswahrer wird durchsetzen können. Die in der Bevölkerung tief verwurzelte Mentalität der Steuerhinterziehung als Kavaliersdelikt zu verändern, wird Zeit benötigen. In der öffentlichen Verwaltung Bürokratie abzubauen, Korruption zurückzudrängen und Arbeitsleistung einzufordern, kommt einer Herkulesaufgabe gleich. Für die geplanten vierteljährigen Überprüfungen des Planvollzugs ist nicht gewährleistet, dass die Europäische Kommission und der IWF alle Unterlagen wahrheitsgetreu vorgelegt bekommen. Weiter: Selbst wenn das Programm ohne Abstriche umgesetzt und allenthalben sich die Verhaltensweisen positiv verändern, ist das strukturelle Grundproblem der griechischen Wirtschaft noch nicht gelöst: die niedrige Produktivität aller Faktoren, die unzureichende Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Bereich der international handelbaren Güter (ausgenommen Fremdenverkehr), die fehlende Innovationskraft in der Wirtschaft und, als Folge von alledem, das sehr bescheidene Wachstum des Produktionspotentials. Durch die vorgesehenen Strukturreformen wird die Wirtschaft nicht sofort auf einen höheren Wachstumspfad gelangen können, wie die Erfahrung in anderen Ländern, auch Deutschland (Agenda 2010) lehren. Deshalb können innerhalb von drei Jahren nicht die zusätzlichen Ressourcen generiert werden, um die Kredite zurückzuzahlen.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Mit großer Wahrscheinlichkeit ja. Mit dem Hilfsfonds sind IWF und Euro-Gruppe ein großes commitment eingegangen. Ein Ausfall der Gelder würde beide Institutionen stark diskreditieren. Zudem ist die derzeitige Befristung des Engagements auf drei Jahre noch überschaubar. Denkbar wäre ferner, dass die Gelder aus dem Hilfsfonds im Falle eines Kapitalschnitts vorrangig bedient werden.



Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Ohne Abwertung einer eigenen Währung keine Wiedergewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der Kredit bedeutet lediglich eine Konkursverschleppung, er verschärft eher noch die Überschuldungsproblematik, statt sie durch einen Schuldenschnitt zu entschärfen. Gutes Geld wird sinnlos dem schlechten hinterher geworfen.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Griechenland ist überschuldet. Das mit dem IWF vereinbarte Programm belastet v.a. die unteren Einkommenschichten und birgt daher jede Menge sozialen Zündstoff. Ob es politisch durchsetzbar ist, bleibt sehr fraglich. Wirtschaftlich gesehen berücksichtigt das Programm nicht, dass Steuererhöhungen und Ausgabensenkungen sich auf das BIP auswirken und Defizit- und Schuldenquote weiter in die Höhe treiben werden, mit der Folge, dass sich Griechenlands Schuldnerqualität weiter verschlechtern wird. Die Auszahlungsbedingungen für die Kredithilfe knüpfen diese vornehmlich an Absichtserklärungen seitens der griechischen Regierung - die sind allerdings billig zu haben.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Griechenland ist insolvent. Die Hilfen überbrücken ein Liquiditätsproblem, lösen das Insolvenzproblem aber nicht. Das Konsolidierungspaket ist bemerkenswert, dürfte aber in diesem Umfang nicht durchsetzbar sein und mit einem bislang noch unterschätzten Wachstumseinbruch verbunden sein. An einer Umschuldung als Element einer echten Problemlösung führt in den kommenden drei Jahren kein Weg vorbei. Weil IWF und EU-Staaten auf einen Status als vorrangiger Gläubiger verzichtet haben, werden sie an den Verlusten beteiligt werden.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Grundsätzlich schon. Die Frage ist, ob es politisch verkraftbar sein wird, die damit verbundenen Lasten zu tragen.

Prof. Dr. Johannes Schneider Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Wenn sie nicht zurückzahlen, gibt ihnen niemand mehr Kredit!

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

In der Lage sein heißt nicht, dass sie es auch tun. Wer einmal mit Erpressung Erfolg hatte, versucht es oft ein zweites Mal.



Dr. Manfred Schwaren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die nächsten Jahre wird Griechenland weiterhin Budgetdefizite im Staatshaushalt haben. Die können nur durch weitere Nettoschulden finanziert werden. Der Zinsanteil im Staatshaushalt Griechenlands steigt zu einer beängstigenden Höhe, bei der ein Bankrott unausweichlich ist.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die Schulden sind zu hoch, ohne Umschuldung und Transfers geht es trotz glaubwürdiger Anstrengungen nicht.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter "Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Wenn es Sparmaßnahmen konsequent und gegen den Widerstand von Teilen der Bevölkerung umsetzt.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Notfalls wird man die Rückzahlung durch neue Kredite ermöglichen.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Um Auslandsschulden netto abbauen zu können, braucht ein Land Leistungsbilanzüberschüsse. Wo sollen die ohne Abwertung herkommen?

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Aufgrund des Umfangs des Sparprogramms und den negativen Folgen für das griechische Wirtschaftswachstum scheint es fraglich, dass die zugesagten Kredite fristgerecht bedient werden können. Griechenland ist ähnlich wie Portugal durch eine chronisch geringe heimische Sparrate gekennzeichnet, sodass Budgetdefizite anders als im Falle Spaniens (das mit recht konsolidierten Staatsbudgets in die Krise gegangen ist) und des reformfreudigen Irland nicht signifikant durch heimische Ersparnis alimentiert werden können. Darüber hinaus mangelt es Portugal und Griechenland an potenziell erfolgreichen Exportgütern (Tourismus o.ä. reicht nicht aus). Schlussendlich werden Athens Gläubiger wohl nicht darum herumkommen, auf gewisse Teile ihrer Forderungen zu verzichten.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Die Rückzahlungswahrscheinlichkeit ist deutlich kleiner als 100%.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Es wird auf jeden Fall sehr schwierig werden.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Sie können eine Mentalität des Schuldenmachens nicht kurzfristig ändern.



Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Zur Not gibt es eben neue Kredite, um die alten abzulösen.

FRAGE

Besteht die Gefahr, dass nach Griechenland weitere Länder mit Milliardenkrediten gestützt werden müssen?

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Dass die Gefahr besteht, sieht man allein schon an den Zinsdifferenzen. Der Markt geht also von einem Risiko aus, somit besteht auch eine Gefahr.

Dr. Hilmar Schneider Direktor für Arbeitsmarktpolitik, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA):

Wer kann das jetzt noch prinzipiell ausschließen?

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Gefahr besteht. Ob sie sich materialisiert, hängt v.a. davon ab, welche Spielräume an den Finanzmärkten dafür gesehen werden, Gewinn aus Spekulationen gegen die Staatsanleihen anderer Euro-Staaten zu ziehen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Weil mit dem Griechenland-Hilfspaket negative Verhaltensanreize (moral hazard) gesetzt worden sind. Portugal und Spanien sind heiße Kandidaten. Dort haben die Regierungen in diesen Wochen gelernt, dass mit der Eurogruppe ein Kreditgeber in letzter Instanz bereitsteht. Also werden sie bei der unabdingbaren Haushaltskonsolidierung eine fünf gerade sein lassen. Auch die gebotenen Strukturreformen, die unpopulär sind, werden nur mit angezogener Handbremse betrieben werden, falls sie nicht ganz unterbleiben, weil, wie in Spanien, der Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero die Kraftprobe mit den stark politisierten Gewerkschaften so fürchtet wie der Teufel das Weihwasser.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die Gefahr besteht, zumal die Marktteilnehmer gegenwärtig stark verunsichert sind. Aber: Es gibt gravierende Unterschiede zwischen Griechenland und den übrigen "PIIGS"-Ländern. Die Schuldenstandsquote in Portugal - erst Recht in Spanien - ist deutlich niedriger als in Griechenland. Italien hat zwar eine höhere Schuldenstandsquote, hier ist aber die Defizitquote relativ niedrig. Gemessen an den Zinsspreads werden die Konsolidierungspläne in Irland von den Investoren an den Finanzmärkten als glaubwürdig angesehen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Ähnliche strukturelle Probleme.



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Statt ein Exempel zu statuieren, ist ein Präzedenzfall geschaffen worden, der weiteren Schlendrian zur Folge haben wird. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann wir wieder vor einem ähnlichen, dann aber vermutlich viel größerem Problem stehen werden.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Nicht die Gefahr, sondern die Gewissheit. Nun, nachdem Deutschland seine Bereitschaft erklärt hat, überschuldete Länder des Euroraums auszukaufen, werden diese sich so verhalten, wie deutsche Bundesländer in ähnlicher Lage in der Vergangenheit. Schuldenmachen, um gerettet zu werden.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Unabhängig von den fiskalischen Fundamentaldaten besteht derzeit das erhebliche Risiko einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Wenn die Märkte an die Zahlungsunfähigkeit eines Landes glauben, dann wird diese auch eintreten.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Kurzfristig mag die Gefahr reduziert werden, wenn es gelingt, die Risikoprämien zu reduzieren. Längerfristig wird aber der Anreiz seitens der Kapitalgeber und -nehmer erhöht, Ausfallrisiken zu ignorieren.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es gibt Länder die durch die EU-Gelder zu künstlicher Prosperität getragen wurden. Genau die wird es treffen.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Der Druck auf fiskalische Stabilisierung nimmt durch die großen Pakete erheblich ab.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter "Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Wenn die Umsetzung der Sparmaßnahmen misslingt.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die Aussicht auf Unterstützung wird die Politik in den betroffenen Ländern so verändern, dass Kreditbedarf entstehen wird.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Wenn Länder bei dem jetzt schon historisch niedrigen Weltzinsniveau kaum ihre Schulden refinanzieren können, wie soll das erst gehen, wenn das Zinsniveau steigt, und es wird wegen der wachsenden Inflationsfurcht steigen?



Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die Antwort hängt im Wesentlichen davon ab, wie die Finanzmärkte das neuerliche Rettungspaket im Umfang von 750 Mrd. € aufnehmen werden (in Japan hat es zumindest für eine leichte Entspannung gesorgt). Sorgt dieses (vorübergehend) für eine gewisse Beruhigung, können die angeschlagenen Länder konsolidierende Maßnahmen in Ruhe voranbringen. Reicht das Programm aber nicht aus, werden die nächsten Angriffe auf Länder wie Portugal, Spanien oder Irland nur eine Frage der Zeit sein. Wie oben schon angedeutet, ist Portugal Griechenland hinsichtlich seiner mangelnden inländischen Ersparnis strukturell ähnlich. Zudem ist die enorme private Verschuldung Portugals der Staatsschuld hinzu zu addieren (es kommt bei der Beurteilung der Staaten-Solvenz auf die gesamten Ressourcenbestände einer Volkswirtschaft an). Schließlich sieht sich Portugal massiver Niedriglohnkonkurrenz aus dem Emerging Markets einschließlich Osteuropas gegenüber.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Der Rettungsschirm für alle potentiell überschuldeten Mitgliedstaaten dürfte eine explosionsartige Verteuerung der Staatsfinanzierung wie im Falle Griechenlands verhindern, so dass der Weg über den Kapitalmarkt offen bleibt.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Eine Reihe von Ländern muss nun in der Krise konsolidieren. Das ist extrem schwierig, zumal die Finanzmärkte derzeit dazu neigen, panisch zu reagieren.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die Kandidaten sind schon benannt, die Milliarden ja auch schon vorsorglich bereit gestellt.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Generell sind die PiiGS sehr gefährdet. Griechenland war nur der Anfang!

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Warum sollte irgendein Land darauf verzichten, seine Staatsschulden auf Kosten der anderen auszuweiten, nachdem die EU jetzt unbegrenzt und bedingungslos für alle Staatsschulden haftet?

FRAGE

Wird Griechenland die strengen Auflagen der EU und des IWF überhaupt erfüllen können?

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Können schon, die Frage ist eher, ob der politische Wille stark genug ist.



Dr. Hilmar Schneider Direktor für Arbeitsmarktpolitik, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA):

Die Auflagen sind immer strenger als das, was letztlich eingelöst wird.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Nach den ökonomischen Fundamentals, ja --- ob die dafür erforderlichen Schritte in Griechenland politisch voll durchsetzbar sind, ist derzeit wohl noch offen.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Eben hat sich Europa noch dazu beglückwünscht, auf die Krise nicht wie in der Weltwirtschaftskrise 1930 mit rigoroser Spar- und Deflationspolitik regiert zu haben. Nun ist Griechenland gezwungen, exakt eine solche Politik zu verfolgen. Das Wirtschaftswachstum, ohne das ein Abbau der Überschuldung nicht gelingen kann, wird so auf Jahre hinaus ausbleiben. Die Austerity-Kur ist so nicht durchzuhalten.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Diese Frage ist völlig offen. Wenn es sich als unmöglich erweist, wäre der Zeitpunkt gekommen, der eigentlich jetzt schon da war, nämlich eine Schuldenkonferenz einberufen, um eine geordnete Umschuldung in die Wege zu leiten, in Verbindung mit Abschlüssen bei den Forderungen der Gläubiger und einer Verlängerung der Laufzeiten der Kredite. Es sollte Griechenland auch freigestellt werden, den Euroraum zu verlassen, die Drachme wieder einzuführen und durch Währungsabwertung die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen (auch und gerade in der Tourismusbranche) zu verbessern. Die Abwertung der Drachme würde auch die Reallohnsenkung bewirken, die offen gemäß Auflage zu bewerkstelligen, politisch schwierig ist; dann merken es die Betroffenen nicht so. Sobald Griechenland saniert ist, sollte der Weg zurück in den Euroraum möglich sein.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Das ist zu hoffen!

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Der soziale Frieden ist gefährdet.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Demokratische Regierungen können so harte Sparmaßnahmen nicht lange durchstehen. Sobald der erste Schock vorbei ist, wird man die Programme aufweichen.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die Auflagen sind allerdings nicht streng, da sie lediglich Absichtserklärungen der Regierung erfordern.



Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das Land wird hoffentlich einen grundlegenden Reformprozess beginnen. Natürlich wird es aber Abstriche an den jetzt quantifizierten Zielen geben

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Schwer zu sagen, vor allem wegen der politischen Unruhen, aber auch wegen der kontraktiven kurzfristigen Wirkungen. Da kann man nicht ja oder nein sagen.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Können und tatsächlich tun sind zwei Paar Schuhe.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Der politische Wille ist wohl vorhanden, aber der Wille des Volkes scheint sehr gespalten.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Je größer die Not, desto größer die Anstrengungen - pathologisches Lernen.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Der Widerstand der Bevölkerung wird groß sein. Die Auflagen werden daraufhin wohl gelockert werden.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Noch jedes erfolgreiche IWF-Paket zur Sanierung einer Verschuldungskrise beinhaltet einen ausgewogenen Mix von Expenditure Reducing (public and private) and Expenditure Switching. Letzteres setzt, um verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit zurück zu gewinnen, eine starke Abwertung der heimischen Währung voraus. Diesen Weg will weder Griechenland noch die Union gehen. Es wäre aber in Verbindung mit einer partiellen Entschuldung der einzige überzeugende Weg zur wirtschaftlichen Genesung des Landes. Dies aufgezeigt zu haben, ist das Verdienst der Spekulation. Dass die Politik dies nicht wahrhaben will, ist Ausdruck ihres Realitätsverlustes. Gäbe es die Spekulation nicht, würde die Politik noch heute kein Problem in Griechenland sehen.

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Der Umfang des Sparprogramms ist so umfangreich, dass eine vollständige Umsetzung nicht zu erwarten ist (man denke nur an die heftigen Proteste der griechischen Bevölkerung). Dennoch muss man sich hohe Ziele stecken, um diese wenigstens teilweise erreichen zu können. Und ohne diese, wären der IWF und auch die EU wohl weniger bereit gewesen, Kredite zu begeben.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Griechenland wird konsolidieren, aber es ist schon sehr fraglich, ob das vorgegebene Tempo eingehalten werden kann. Denn man muss bedenken, dass Griechenland in einer massiven Anpassungsrezession ist, wodurch die Steuereinnahmen einbrechen und die Ausgaben



hochschnellen. In einer solchen Situation ist es zwar nicht ausgeschlossen, aber doch sehr schwer, über mehrere Jahre hinweg politische Mehrheiten für die Konsolidierung zu organisieren.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die Lage ist so ernst, dass die Bevölkerung mitziehen wird - trotz der anfänglichen Proteste.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Es wird nicht gelingen, die geforderten Stabilitätsmaßnahmen umzusetzen.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Nachdem die Kredite geleistet sind, gibt es keinen Grund zu weiterem Wohlverhalten, das zu Lasten der eigenen Bevölkerung geht. Im Gegenteil, wenn nächstes Jahr die nächste Zahlungsunfähigkeit droht, werden die EU-Länder wieder helfen. Es lohnt sich politisch, auf den Staatsbankrott zuzusteuern.

FRAGE

Ratingagenturen sind im Zuge des Finanzdesasters Griechenlands erneut in die Kritik geraten. In diesem Zusammenhang wurde erneut die Gründung einer europäischen Ratingagentur angeregt. Brauchen wir eine europäische Ratingagentur?

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Eine europäische Ratingagentur wäre vermutlich eine politische Veranstaltung, die Ratings damit hochgradig politisch und damit wertlos.

Dr. Hilmar Schneider Direktor für Arbeitsmarktpolitik, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA):

Wir brauchen vor allem eine unabhängige Rating-Agentur

Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Wir brauchen keine Rating-Agenturen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Die Qualität der Ratings von Staaten ist unbestritten.



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die würde auch nicht besser arbeiten. Die beste Ratingagentur ist der Markt, der aber nicht durch Ländergarantien untereinander verfälscht werden darf. Die Zinsen sind die beste Disziplinierungsinstanz für schlechte Schuldner.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die wäre von Anfang an unglaubwürdig, weil politisch gesteuert.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das nein bezieht sich auf eine staatliche oder staatlich initiierte Ratingagentur. Eine politisierte Ratingagentur kann, bei allen Vorbehalten gegenüber der derzeitigen Marktstruktur, wohl kaum Abhilfe schaffen.

Prof. Dr. Johannes Schneider Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Wir brauchen auf jeden Fall Wettbewerber.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Um das Oligopol der Amerikaner aufzuweichen

Dr. Manfred Schwenen Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Ratingagenturen verteilen Noten, leider sind die Reaktionszeiten in der Vergangenheit zu träge gewesen. Der Handel mit CDS reagiert schneller. Die Instrumente sind also vorhanden.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Auf jeden Fall kann es nicht mehr sein, dass die Ratingagenturen direkt von den zu Bewertenden beauftragt werden.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Das bestehende Oligopol der Ratingagenturen bedarf dringend der Überprüfung nach Finanzierung/Rechtsform etc. und wohl auch einer Aufsicht.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Warum sollte eine neue Agentur besser sein als die bestehenden Agenturen?

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Ja und nein: Mehr Anbieter gewährleisten mehr Wettbewerb. In diesem Sinne sind mehr Agenturen willkommen. Das Etikett "europäisch" benötigen sie nicht, sie sollen besser als die existierenden sein, nicht europäischer.



Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die Idee einer europäischen Ratingagentur ist keinesfalls neu. Sie kann mehr Wettbewerb im Bereich der Rating-Agenturen schaffen, wenn sie regelmäßig zusätzlich zu den privaten Agenturen tätig wird.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Wir brauchen eher eine stärkere Kontrolle der Ratingagenturen.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Sie müssen die bestehenden Agenturen nur einer konsequenten Kontrolle unterwerfen.

FRAGE

Besteht angesichts der Haushaltslage und der neuen Belastungen (Griechenland) sowie der beschlossenen Schuldenbremse in dieser Legislaturperiode überhaupt noch Raum für eine große Steuerreform einschließlich einer Steuerentlastungen?

Dr. Hilmar Schneider Direktor für Arbeitsmarktpolitik, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA):

Der Spielraum bestand schon vorher nicht.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die derzeitige Wirtschaftsentwicklung lässt zwar hoffen, dass sich die Haushaltslage im Vergleich zu den letzten Vorausschätzungen noch etwas günstiger entwickelt. Die Haushaltsrisiken durch die Griechenland-Kredite bleiben auf Sicht latent. Trotzdem: Um die Haushaltsziele der Schuldenbremse in der Übergangszeit von 2011 bis 2016 zu erreichen, gibt es keine Spielräume für substantielle Steuersenkungen --- nicht einmal für Änderungen der Steuerstruktur, etwa eine Senkung der Einkommensteuer bei Anhebung der Umsatzsteuer.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Unabhängig von Griechenland muss die Haushaltskonsolidierung energisch vorangetrieben werden. Das strukturelle Haushaltsdefizit muss verschwinden, damit die Schuldenstandsquote auf ein tragfähiges Niveau zurückgeführt werden kann und nicht permanent eine Hypothek auf den Wachstumskräften der Wirtschaft lastet. Nach allen vorliegenden empirischen Schätzungen zu urteilen, würde sich eine Steuersenkung nur in Maßen durch mehr Wachstum selbst finanzieren. Gleichwohl sollte - parallel zur Haushaltskonsolidierung - an den Bedingungen für ein besseres, leistungsfreundliches und international wettbewerbsfähiges Steuersystem hart gearbeitet werden. Bei der Einkommensteuer geht es vor allem um drei Dinge: durchgreifende Vereinfachung, Vermeidung der "kalten Progression" durch Indexierung der Bemessungsgrundlage und Korrektur der Abgeltungssteuer zwecks Vermeidung der Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber dem Kontensparen und dem Sparen in verzinslichen Papieren. Am vernünftigsten wäre es, zu einer konsequenten Konsumorientierung der Besteuerung zu gelangen. Diese Reformaufgaben anzupacken, macht mehr Sinn als immer wieder Steuersenkungen einzufordern.



Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen,
Bundesverband deutscher Banken:

Realistisch betrachtet nicht.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das wäre schon vorher nicht dringewesen, jetzt ist es ein reines Wolkenkuckucksheim.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik,
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Wie sonst sollen wir den deutschen Haushalt sanieren. Zur Erinnerung: Steuererhöhungen haben in den letzten 30 Jahren noch immer zu höheren Defiziten geführt.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und
öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Eine signifikante Netto-Entlastung ist derzeit nicht möglich. Berechtigt ist aber die Debatte um eine Entlastung durch Umschichtung. Die hohen Grenzabgaben für Normalverdiener bleiben eine Wachstumsbremse und sollten angegangen werden.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Eine Steuerentlastung ist im Augenblick weder wirtschaftspolitisch dringlich noch fiskalpolitisch sinnvoll. Die Krise hat Deutschland (erneut) vom Konsolidierungskurs abgebracht, und ab 2016 steht die Schuldenbremse der Föderalismusreform II ins Haus. Bis dahin werden wir eher Steuererhöhungen erleben.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Darf ich die gut alte Lafferkurve aus der Versenkung zurückhoken? Eine Reduktion der Steuersätze und eine Erhöhung des Steueraufkommens schließen sich überhaupt nicht aus.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

An diese Pläne glaubt nur noch ein Einziger und der ist durch die NRW-Wahl auf den Boden der Realität zurückgeholt worden. Spaß beiseite: Jeder Bürger weiß doch, dass gespart werden muss. Und da passen Steuerentlastungen nicht in die Landschaft.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Sie war nie geplant und kommt erst nach der Katastrophe.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie,
Technische Universität Berlin:

Steuerreform ohne Steuersenkungen erscheinen mir realistischer (auch vor dem Hintergrund der neuen Situation im Bundesrat).

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Man muss nur die Staatsaufgaben in ausreichendem Maße kürzen. Der Politik wird aber die Kraft dazu fehlen.



Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Wieso bedarf es dazu noch einer Begründung?

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Nicht nur die Mehrheit der deutschen Bevölkerung spricht sich gegen Steuersenkungen aus, auch führende Politiker nehmen zunehmend Abstand von den angekündigten und im Koalitionsvertrag vereinbarten Steuersenkungen. Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse, der Garantien für Banken und nun auch Griechenland und weiterer politischer Herausforderungen in der Zukunft (demografischer Wandel), besteht für Steuersenkungen kein Raum. Dies heißt nicht zwingend, dass aus Konsolidierungsgründen enorme Steuererhöhungen erforderlich sind. Die in der Vergangenheit erfolgreichsten staatlichen Konsolidierungsprogramme bestanden aus Ausgabensenkungen kombiniert mit allenfalls leichten Steuererhöhungen.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Entlastung durch Defizite macht derzeit keinen Sinn. Das Beispiel Griechenland zeigt, dass zunächst die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ansteht. Erst wenn das geschafft ist, sind wichtige Projekte wie eine Steuerreform möglich. Früher geht das nur, wenn auf der Ausgabenseite entsprechend mehr gespart wird - dies ist letztlich eine politische Entscheidung.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Das Thema ist - leider - vom Tisch.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Die Steuereinnahmen gehen stark zurück, deshalb ist es unmöglich, Steuerentlastungen einzuführen, will man die Haushaltsstabilität nicht gefährden.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Steuererhöhungen in kleinem, eher symbolischem Umfang zeigen, dass die Bundesregierung ernsthaft Ausgaben senken will.

FRAGE

Wie bewerten Sie das am Wochenende beschlossene EU-Paket zur Stabilität der Währungsunion?

Mathias Brehe Referent Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Der Bankenverband bewertet das Maßnahmenpaket grundsätzlich positiv, weist aber auch auf erhebliche Risiken hin, die durch umfangreiche Finanztransfers oder den fiskalpolitisch motivierten Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank entstehen können. Eine erste Bewährungsprobe hat das Hilfsprogramm an den Märkten bestanden. Die Marktakteure beurteilen das Hilfsprogramm als glaubwürdiges Stabilisierungsinstrument. Die Gefahr, dass die Währungsunion mit den Beschlüssen mehr und mehr in Richtung einer Transferunion rückt, muss



sehr ernst genommen werden. Deshalb ist es wichtig, dass die Euro-Staaten - wie ebenfalls grundsätzlich vereinbart - nun einen strikten Konsolidierungskurs verfolgen und eine grundlegende Reform der Haushaltsregeln angehen. Eine unmissverständliche Lehre aus den Geschehnissen ist, dass die Währungsunion nur mit wirksamen Haushaltsregeln langfristig bestehen bleiben kann. Eine Transferunion würde hingegen in Überschuldung und schwachem Wirtschaftswachstum münden. Die Geburtsfehler der Währungsunion müssen nun in einer auch die Märkte überzeugenden Form geheilt werden. Automatische Sanktionen bei Regelverstößen sind daher unumgänglich. Außerdem muss neben dem laufenden Haushaltsdefizit der gesamte Schuldenstand der einzelnen Euro-Staaten stärker begrenzt werden. Die Einbindung der Europäischen Zentralbank in die Hilfsmaßnahmen ist angezeigt, da insbesondere an den Geldmärkten neue Verspannungen drohen. Den beabsichtigten Kauf von Staatsanleihen will die europäische Notenbank durch Geldmarktoperationen so steuern, dass dadurch keine Inflationsgefahren entstehen. Der Ankauf von Staatsanleihen aus fiskalpolitischen Gründen ist äußerst problematisch. Er mag in der momentanen Situation unvermeidlich sein, muss aber die Ausnahme bleiben. Der geschickte Einsatz der außerordentlichen geldpolitischen Maßnahmen während der Finanz- und Wirtschaftskrise spricht dafür, dass dies der EZB auch gelingen wird. Die vom Ecofin-Rat noch einmal mit Nachdruck geforderten Fortschritte beider Finanzmarktregulierung bewegen sich inhaltlich im Rahmen der Road Map, die von den G20-Staaten aufgestellt worden ist. Diese Arbeit sollte zügig, zugleich aber auch mit der notwendigen Sorgfalt vorangetrieben werden. Dabei ist eine auf breiter Basis abgestimmte internationale Zusammenarbeit geboten.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das Rettungspaket war leider nötig.

Dr. Manfred Schwaren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Damit wird der Euro zur Weichwährung, ist aber in guter Gesellschaft mit dem US-Dollar. Die Unabhängigkeit der EZB ist Geschichte. Neu eingeführt wird ein Länderfinanzausgleich in der Eurozone, das schafft große Probleme mangels fiskalpolitischer Sanktionsmechanismen.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Eine Katastrophe - die Einladung zur Spekulation und zur fiskalischen Instabilität. Es droht eine Aufweichung des Euros, wenn nicht schnellstens die Unabhängigkeit der EZB in klaren Worten wieder hergestellt wird. Ich bin nicht sicher, ob die Währungsunion noch lange existiert.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Es ist ein großer Schritt in Richtung einer Transferunion mit all den bekannten Nachteilen.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Es ist erschreckend, mit welcher Unverfrorenheit die rechtlichen Grundlagen für einen stabilen Euro missachtet werden.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Ein glatter Vertragsbruch! Die Grundlagen der Zustimmung Deutschlands zum Maastricht-Vertrag sind mit Zustimmung der Bundesregierung ausgehebelt worden.



Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Ein solches Paket war zur Stabilisierung der Währungszone und der Märkte notwendig. Der Zahlungsausfall eines EWU-Mitgliedstaates in den kommenden Jahren ist nun äußerst unwahrscheinlich.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Das Prinzip des "No Bail Out" war einmal das Herzstück der Währungsunion. Seit dem vergangenen Wochenende leben wir in einer neuen Welt. Wir bewegen uns auf eine Transferunion zu, selbst wenn das Programm nur befristet ist, denn die Dämme sind nun gebrochen. Man muss aber wohl zugestehen, dass am vergangenen Wochenende in der Kürze der Zeit nur noch ein massives Paket geschnürt werden konnte. Lösungen wie eine Umschuldung Griechenlands hätten einer längeren Vorbereitung bedurft - diese Möglichkeit hatte man verpasst.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Das Paket hat die Märkte zunächst beruhigt - soweit so gut; die der EZB aufgedrängten Staatsanleihen sind ein Sündenfall, die EZB muss nun zusehen, dass sie die Geldmenge trotzdem im Griff behält.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Eine Katastrophe!

FRAGE

Die Wahlen in NRW sind vorbei: Schränkt der Wahlausgang die Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung ein – oder ist der Weg nun frei für bislang durch die Wahl blockierte Reformen?

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Ja, das war vielleicht wirklich eine heilsame Backpfeife für die Laviererfraktion in Berlin.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das lässt sich erst nach der Bildung einer Regierungskoalition beantworten, die Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten sollten aber überwiegen.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Es kommt implizit zu einer Großen Koalition, die aber nicht so funktionieren kann wie in der letzten Legislaturperiode.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter "Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die Handlungsmöglichkeiten dürften nun leicht eingeschränkt sein. Nur "leicht", weil auch schwarz-gelbe Koalitionen auf Länderebene, siehe Bayern, nicht unbedingt die Bundesregierungskoalition unterstützen. Möglicherweise werden bislang aufgeschobene Projekte jetzt angegangen, z.B. "Gesundheit".



Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft
Kiel:

Der Wahlausgang schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung deutlich ein.
Vermutlich wird in den nächsten Monaten nicht allzu viel passieren.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie,
Johannes-Gutenberg-Universität:

Weder noch: Vorher hatte die Regierung Möglichkeiten, hatte aber Angst, sie zu ergreifen, jetzt
sind ihre Möglichkeiten, wenn sie sie denn nutzen wollte, durch den Verlust der
Bundesratsmehrheit beschränkt.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Durch die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat wird es deutlich schwerer weitreichende
Reformen durchzusetzen. Der Druck zu Kompromisslösungen wird steigen. Steuersenkungen sind
in weite Ferne gerückt.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für
Wirtschaftsforschung :

Die Politik ist nun aufgefordert, das beste daraus zu machen.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die Handlungsmöglichkeiten bei den zentralen Reformvorhaben - Gesundheitsprämie und
Steuersenkung - sind eindeutig eingeschränkt.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität
Göttingen:

Das Wahlergebnis spielt keine Rolle, da Reformen ohnehin nur mit breiter Unterstützung der
Bevölkerung beschlossen werden können.